



Interlaken

«Discuss it» am Gymnasium

Anfang September war der Verein zum Diskussionspodium zu Besuch. Sara Nägeli und Linda Allenbach haben den Anlass zusammengefasst und lassen uns im folgenden Artikel daran teilhaben.

28. September 2021

Der Verein «Discuss it» war am Gymnasium Interlaken zu Besuch. «Discuss it» setzt sich für die politische Bildung von Schüler und Schülerinnen ein. Reto Mitteregger ist bei «Discuss it» als Vorstandsmitglied tätig und hat die Diskussion am Gymnasium geleitet. Nebst Reto Mitteregger waren Stefanie Gartenmann (Präsidentin der Jungen SVP), Tobias Fringer (Präsident der Jungfreisinnigen Bern), Tanja Blume (Co-Präsidentin der Jungsozialisten Berner Oberland) und Milo Schäffer (Co-Präsident der Jungen Grünen) anwesend. Zur Diskussion standen zum einen ein Referendum und zum anderen eine Volksinitiativen. Das Referendum wurde gegen das Erlauben der gleichgeschlechtlichen Ehe ergriffen und die Volksinitiative sieht vor, das Kapitaleinkommen höher zu versteuern.

Zuerst wurde die gleichgeschlechtliche Ehe diskutiert. Diese Diskussion fiel allerdings sehr kurz aus, da keine der vertretenen Parteien die Nein-Parole ergriffen hatte. Die Anwesenden bringen reihum, ihre Argumente für die gleichgeschlechtliche Ehe ein. Sie stimmen sich alle zu, dass nichts dagegenspreche, dass zwei Menschen, die sich lieben, heiraten dürfen, ungeachtet von deren Geschlechtern. Im Anschluss wurde eine kurze Abstimmung durchgeführt. Die Schüler und Schülerinnen in der Aula nahmen die gleichgeschlechtliche Ehe mit über 90% Ja-Stimmen an.

«99%» Initiative

Während bei der Ehe für alle eine klare Meinung herrschte, schieden sich bei der Initiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» die Geister. Als Zugehörige der JUSO, welche die Volksinitiative ins Rollen gebracht hatte, schätze sie sich übergücklich hier stehen zu dürfen und für die Initiative zu debattieren, so Tanja Blume. Unterstützt wurde sie durch einen Vertreter der Jungen Grünen. Die Junge SVP sowie die Jungfreisinnigen waren als Gegenstimmen vor Ort.

Die Initiative

Die Initiantinnen und Initianten betrachten die bestehende Umverteilung als nicht ausreichend, die Schere zwischen Arm und Reich gehe immer weiter auseinander. Das neue Gesetz soll dem entgegenwirken. Die JUSO fordert, dass zukünftig alle Kapitaleinkommen zu 150 Prozent besteuert werden sollen, wenn sie einen bestimmten Betrag überschritten haben. Wie hoch dieser Betrag sein wird, ist noch nicht bekannt. Bei einer Annahme wird das Parlament darüber abstimmen. Als Beispiel wird meist ein Grenzbetrag von 100'000 Franken angenommen.

Intensive Diskussion

Reto Mitteregger macht zum Anfang noch einmal auf ein respektvolles Miteinander aufmerksam, dann beginnt die Diskussion. Als grösstes Argument der Befürworter kommt die aktuelle Ungleichheit zum Tragen. Sie kritisieren die grossen Firmenchefs, welche sich selbst hohe Beträge auszahlen lassen, während andere nicht wissen, wie sie Ende des Monats ihre Rechnungen bezahlen sollen. Nur das oberste Prozent soll von der neuen Kapitalsteuer betroffen sein.

Unnötig, sagen die Vertreter der Gegenstimme. Sie präsentieren den GINI-Index. Dieser gibt an, wie das Vermögen in einem Land verteilt ist. Die Skala geht von null (keine Ungleichheit) bis 1 (starke Ungleichheit). Die Schweiz liegt



mit einem Wert von 0,29 auf dem dritten Platz der bewerteten Länder. Der Wert sei klar in den letzten Jahrzehnten gestiegen, einen Handlungsbedarf sehe er aber darin noch nicht, meint Tobias Frehner, Präsident der Jungfreisinnigen in Bern.

Es gab aber auch Stimmen aus dem Publikum. Ein Schüler pflichtete Tanja Blume bei. Er wolle selbst in Zukunft ein Unternehmen gründen, dieses sehe er jedoch nicht von der Initiative gefährdet. Blume führt seinen Kommentar weiter. Die Initiative ziele ausschliesslich auf die grössten Unternehmen ab, jene, die im Stande sind, solche Steuern auch zu bezahlen. KMU seien nicht davon betroffen.

Ein anderer meldete sich ebenfalls, stand jedoch zur Gegenseite. Es lohne sich nicht, zu investieren, wenn der Betrag durch die Steuer massiv geschmälert werde. Er spricht damit ein weiteres Argument der Initiativgegner an. Die Leute seien zögerlich mit risikoreichen Investitionen, da der Gewinn durch die starke Besteuerung geschmälert wird. Man hätte ein hohes Risiko, aber nur eine geringe Belohnung. Die Wirtschaft sei auch insofern gefährdet, dass sich die grösseren Unternehmen, welche sicher betroffen wären, einen Umzug überlegen.

Durch die unterschiedlichen Meinungen unter den Parteien kam es bei dieser Diskussion eher zum gegenseitigen Ins-Wort-Fallen. Unter keinen Umständen wurde es aber persönlich oder unhöflich. Für das Publikum, welches zum grössten Teil das Stimmalter noch nicht erreicht hat, ein vorbildliches Verhalten. «Auch wenn einen das Thema nicht interessiert hat, konnten wir alle etwas mitnehmen», meint eine Schülerin.

Mitteregger beendete die Veranstaltung. Es sei ihm eine Ehre gewesen, das Gymnasium Interlaken im Rahmen der «Discuss it»-Kampagne besuchen zu dürfen. Er forderte die jungen Wähler und Wählerinnen dazu auf, unabhängig ihrer Meinung auf jeden Fall wählen zu gehen. Es sei ein Privileg, das es zu nutzen gelte.



Milo Schäffer (Co-Präsident der Jungen Grünen), Tanja Blume (Co-Präsidentin der Jungsozialisten Berner Oberland), Reto Mitteregger (Moderator), Tobias Fringer (Präsident der Jungfreisinnigen Bern), Stefanie Gartenmann (Präsidentin der Jungen SVP)Foto: zvg